Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/4729

LSV BS SH

Landesschüler*innenvertretung
der Berufsschulen in Schleswig-Holstein

Kiel, der 23. Januar 2025

LSV BS SH | Brunswiker Str. 16-22 | 24105 Kiel

An:
Hr. Martin Habersaat
Vorsitzender des Bildungsausschusses

Stellungnahme der LSV BS zu den vorliegenden Anträgen „Medienbildung an Schulen braucht solide Grundlagen“ der SPD (Drucksache 20/2583) und dem Alternativantrag „Medienbildung stärken und zeitgemäß fortentwickeln“ der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 20/2694)

Die LSV BS freut sich über die intensive Beschäftigung mit dem Thema Medienbildung in den vorliegenden Anträgen. Die Relevanz digitaler Kompetenzen für die gegenwärtige und zukünftige Gesellschaft ist immens. Daher ist es umso wichtiger, dass Schulen in Schleswig-Holstein darauf vorbereitet sind, Schüler*innen nicht nur technisch, sondern auch inhaltlich auf die Herausforderungen der digitalen Welt vorzubereiten.

Wir sehen den SPD-Antrag (Drucksache 20/2583) als einen wichtigen Ansatz zur Förderung eines reflektierten Umgangs mit sozialen Medien. Es ist erforderlich, diesen Ansatz zu verfolgen, da immer mehr junge Menschen in eine digitale Welt hineinwachsen, die nicht nur zahlreiche Chancen, sondern auch beträchtliche Gefahren bietet. Viele Schülerinnen sehen sich den gleichen Schwierigkeiten gegenüber: Cybermobbing, Fake News und Datenschutz. Ohne die nötige Vorbereitung und Aufklärung werden sie verletzlicher gegenüber Fehlinformationen und Sicherheitsrisiken. Daher befürworten wir die Initiative zur Zertifizierung von Grundschulen als „Internet-ABC-Schulen“, um frühzeitig eine fundierte Basis im Umgang mit digitalen Medien zu legen. Auch die Unterstützung von Peer-to-Peer-Projekten ist besonders zu betonen, da sie Medienkompetenz fördert und das Verantwortungsbewusstsein sowie die soziale Vernetzung unter Schülerinnen stärkt. Langfristige strukturelle Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Medienbildung fehlen jedoch.

Der Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 20/2694) legt den Fokus verstärkt auf die Nutzung der bereits bestehenden Programme und die Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Vor allem die Erwähnung der ICILS-Studie ist ein Fortschritt. Auch Lehr-Apps oder interaktive Plattformen können den Unterricht durch digitale Tools bereichern. Der Antrag entspricht jedoch nicht unseren Erwartungen, da er sich vorrangig auf die Fortführung bestehender Ansätze fokussiert. Allerdings werden bedeutende Maßnahmen, wie der Schutz vor den Gefahren der digitalen Welt, nicht ausreichend thematisiert.

Die LSV BS sieht weiterhin Herausforderungen, um der Medienbildung gerecht zu werden. Medienbildung sollte als fester Lehrplanteil verankert werden und technologische, psychologische sowie ethische Aspekte gleichwertig berücksichtigen. Es ist notwendig, dass Schüler*innen lernen, digitale Inhalte kritisch zu prüfen und in sozialen Medien verantwortungsbewusst zu handeln.

Die LSV BS fordert daher:

Eine systematische Verankerung der Medienbildung im Lehrplan, die nicht nur technische Fähigkeiten umfasst, sondern auch ethische und soziale Themen behandelt.

Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte, um sicherzustellen, dass sie Schüler*innen kompetent in der digitalen Welt begleiten können.

Einen stärkeren Fokus auf präventive Maßnahmen, wie den Schutz vor Cybermobbing, Fake News und anderen Risiken.

Zusammenfassend sehen wir in den Anträgen wichtige Ansätze, die jedoch weiterentwickelt werden müssen, um eine zukunftsorientierte Medienbildung zu gewährleisten. Die LSV BS ist bereit, an der Gestaltung eines modernen Bildungssystems mitzuwirken und konkrete Vorschläge einzubringen.

gez.
Ella Bös
Referat Projekte

ggez.
Elias Görth
Landesschülersprecher

i.A.
Magnus Erdmann
Stellvertretender Landesschülersprecher BS SH
Referat Projekte

für den Landesvorstand der LSV BS SH